



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

Chamberlains Rücktritt. Wenn wir heute als eines der am meisten besprochenen Ereignisse der letzten Woche den Rücktritt Chamberlains verzeichnen müssen, so können wir hier damit vorläufig nur den Ausdruck unsers aufrichtigsten Bedauerns darüber verbinden, daß mit Herrn Joë nicht auch der Chamberlainismus, vor allem die Schutzzöllnerei wieder aus dem britischen Ministerrat ausgezogen ist. Der Briefwechsel Balfours mit Chamberlain und der gleichzeitige Rücktritt zweier ausgesprochener Freihändler aus dem Ministerium läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, wohin der Kurs des gegenwärtigen Kabinetts geht. Wenn unsre Schutzzollorthodoxie jetzt darüber frohlockt, daß sich nun auch England zu der allein-seligmachenden protektionistischen Doktrin und Praxis zu bekehren scheint, so werden unsre Staatsmänner, die einen für Deutschland möglichst günstigen wirtschaftlichen modus vivendi, vor allem die Erhaltung des handelspolitischen Friedens mit England mit Recht als erstrebenswert erkennen, schwerlich in das Frohlocken einstimmen. Übrigens wird nichts die merkantilistische Flutwelle in der Welt schneller zum Brechen bringen, nichts den überspannten Protektionismus in Deutschland schneller ad absurdum führen, als der Sieg des Chamberlainismus in England. Diese Kur wird nächst den Engländern uns vielleicht am wehesten tun, aber sie wird gründliche und sichere Heilung bringen. Der gesunde Menschenverstand wird Deutsche wie Engländer bald genug nicht etwa wieder der alten Freihandelsorthodoxie in die Arme treiben, wohl aber zum gemeinsamen energischen Kampf für eine liberale Handelsvertragspolitik gegen den Neomerkantilismus in der Weltwirtschaft zwingen. Vorläufig sollen unsre orthodoxen Protektionisten ebenso wie die orthodoxen Freihändler den Mund halten und der deutschen Diplomatie die Arbeit nicht erschweren.

Das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitags. Am 19. September hat der sozialdemokratische Parteitag nach einer an Schärfe ihresgleichen suchenden mehrtägigen Redeschlacht die von den Vertretern der extremen Richtung eingebrachte Resolution (Bebel-Kautsky-Singer) fast einstimmig angenommen. In seinem grundsätzlichen und weitaus wichtigsten Teile lautet der Inhalt des Beschlusses folgendermaßen:

„Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Worts revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassegegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt: daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, die geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.“

Obwohl die Antragsteller und ihr Anhang in den Debatten mit größter Rücksichtslosigkeit keinen Zweifel darüber gelassen hatten, daß der Antrag die schärfste Niederschlagung der revisionistischen Richtung bedeute, stimmten Dr. Braun, Auer, Göhre und auch Vollmar mit seiner bayrischen Gefolgschaft für ihr eigenes Verdammungsurteil. Nur elf Stimmen wurden dagegen abgegeben, unter andern von Bernstein, David, Elm. Wir hoffen, daß die Regierungen aus der vernichtenden

Kritik, die damit die sogenannte „Mauserung“ erfahren hat, die gebotne Lehre ziehn, die Sozialdemokraten wieder als extreme, revolutionäre Umsturzpartei sans phrase behandeln und nie mehr in ihr die berechnete Vertretung der deutschen Arbeiterschaft sehen werden. Daß die Kathedersozialisten ihre Irrtümer, deren sie sich in ihrer sozialistischen Einseitigkeit seit Jahrzehnten schuldig gemacht haben, jetzt endlich einsehen werden, glauben wir freilich nicht, obwohl der sozialdemokratische Parteitag offenkundig den schlimmsten Kulturkampf, den Kampf der Unbildung gegen die Bildung, proklamiert und die völlige Ohnmacht des wissenschaftlichen Sozialismus, mäßigend und regulierend in diesen Kampf einzugreifen, klar vor Augen geführt hat. Die Sozialdemokratie will und muß die Pöbelherrschaft erstreben, das ist das Ziel ihres Klassenkampfes und wird es immer sein. Wohl aber sollte man glauben, daß endlich die liberalen gebildeten Männer in Handel und Gewerbe, auch die durch die antisemitischen Ausschreitungen verbitterten Juden, einsehen werden, wohin unser ganzes Staats- und Wirtschaftsleben durch die Sozialdemokratie gebracht werden muß. Sie stehn jetzt vor der Wahl, ob sie mit der Regierung den Kampf gegen den gefährlichsten Feind jedes wahren Liberalismus — denn das ist die Sozialdemokratie — aufnehmen, oder ob sie sich durch weiteres Paktieren, Vertuschen und Beschönigen zu ihren eignen Totengräbern machen wollen. Hoffen wir, daß sie zur Besinnung kommen. Schon bei den preußischen Landtagswahlen.

Der Verein für Sozialpolitik. Der Verein für Sozialpolitik hat in der letzten Woche in Hamburg über die jüngste wirtschaftliche Krisis in Deutschland beraten. Weder über die Gründe der Krisis — oder vielmehr des ungesunden „Aufschwungs,“ der ihr vorher ging und sie zur Folge haben mußte — noch über die Maßnahmen, die man zur Verhütung ähnlicher Torheiten in Zukunft treffen könnte, ist bei den Beratungen etwas Rechtes herausgekommen. Eine fast einstimmige Ablehnung scheint auch der Versuch gefunden zu haben, wieder einmal alle Schuld der Börse in die Schuhe zu schieben und alles Heil in der weitem Knebelung des Börsenverkehrs zu suchen. Abgestimmt ist darüber freilich nicht worden, aber der Abfall der agrarisch-zünftlerischen Börsenfeinde war eklatant. Zu beklagen ist, daß die Versammlung den auf dem Gebiet der Aktiengesetzgebung vielleicht möglichen Heilmitteln, die der Geheime Hofrat Dr. Hecht mit Recht zur eingehenden Besprechung zu bringen versuchte, die gebührende Beachtung nicht geschenkt hat. Wir werden auf diesen „Krisentag“ noch zurückkommen.

Wasserwirtschaft und Schiffahrtskanäle. Unter den vielen „Tagungen,“ über die die Zeitungen in jüngster Zeit zu berichten hatten, erweckte der Binnenschiffahrtskongreß in Mannheim ein unmittelbar praktisches Interesse. Die letzte Hochwasserkatastrophe in Schlesien macht es der preußischen Regierung zur Pflicht, dem demnächst neu zu wählenden Abgeordnetenhaus sobald als möglich eine neue Gesetzvorlage zu unterbreiten, wodurch natürlich die große Frage der preußischen Wasserwirtschaftspolitik mit der Schiffahrtskanalbaufrage wieder zur Diskussion gestellt werden muß; auch wenn — was wir für selbstverständlich halten — die jetzt zu gewärtigenden Vorschläge und Forderungen mit neuen Schiffahrtskanalprojekten unmittelbar nichts zu tun haben werden. Auf dem Kongreß zu Mannheim hat der Vertreter der preußischen Regierung, der Unterstaatssekretär von Schulz, ausgesprochen, daß die neue Katastrophe in Schlesien überall von der Notwendigkeit überzeugt habe, die zur Abwendung solcher Vorkommnisse gebotnen Verbesserungen und Neuanlagen „ohne alle Scheu vor den gewaltig erscheinenden Kosten“ durchzuführen. Man darf deshalb wohl erwarten, daß die neue wasserwirtschaftliche Vorlage im Kostenpunkte den Vorwurf der Halbheit von vornherein zu vermeiden suchen wird. Sie wird sich aber auch wohl kaum mit Vorschlägen und Geldforderungen für das schlesische Hochwassergebiet begnügen können, sondern zugleich die seinerzeit mit der Ablehnung des Rhein-Elbe-Weichselkanals zu Fall gekommenen großen Stromregulierungsprojekte an der untern Oder, der untern Havel und in der Spree wieder bean-

tragen müssen. Wenn man weiß — wir haben in Heft 34 schon daran erinnert —, daß durch das Gesetz vom 3. Juli 1900 für Schlesien allein zur Bekämpfung der Hochwasserkatastrophen auf dem linken Oderufer 40 Millionen Mark angewiesen worden sind, und daß die drei Projekte an der untern Oder, Havel und Spree mit 60 Millionen in Rechnung gestellt worden sind, so wird man von der neuen Vorlage neue Geldforderungen von weit über 100 Millionen — die für Schlesien bewilligten 40 Millionen nicht eingerechnet — erwarten müssen. Und mit Recht ist zu sagen: diese gewaltig erscheinenden Kosten können Regierung und Landtag nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun. Am allerwenigsten unter Berufung auf die sogenannte Finanznot.

Die Höhe dieser unabweisbaren neuen Aufwendungen öffentlicher Mittel für die Abwehr der Hochwasserkatastrophen und für sonstige Zwecke der Landeskultur, das heißt in der Hauptsache im landwirtschaftlichen Interesse liegende Zwecke, macht es der Regierung und dem Landtag aber auch doppelt zur Pflicht, von vornherein die neuen Anlagen im Sinne einer einheitlichen und allseitigen praktischen Wasserwirtschaft zu gestalten, wodurch nicht nur eine möglichst vollkommene Verhütung von Wasserschäden aller Art, sondern zugleich eine möglichst gewinnbringende Verwertung der jetzt nutzlos abfließenden Wasserkraft im großen Stile gewährleistet wird.

Mit Recht hat in Mannheim der Ingenieur Absoff auf die Einnahmen hingewiesen, die durch eine „einheitliche Wasserwirtschaft“ aus der neu gewonnenen Wasserkraft zu erreichen wären. Wenn die regulierten Wasserkraft überall von vornherein auf eine intensive Ausbeutung für das Gewerbe eingerichtet werden, so wird nicht nur mit der Zeit dem großen Anlagekapital eine erwünschte Verzinsung erwachsen, sondern es werden sich daraus für unsre Gewerbe- und Besiedlungspolitik Erfolge von günstigster Bedeutung ergeben. Auch der so sehr im argen liegenden Reinhaltung der Gewässer wird sich dabei gründlich und nachhaltig zu Hilfe kommen lassen. Scheint man jetzt erfreulicherweise entschlossen zu sein, bei den Geldforderungen Halbheiten zu vermeiden, so möge man sich auch davor hüten, bei der Nutzbarmachung der bis jetzt vergeudeten Wasserkraft halbe Arbeit zu machen. Die darin für unsre Wasserbautechnik erwachsende Aufgabe ist groß und ideal, und wir dürfen zu der Tüchtigkeit unsrer Techniker das Zutrauen haben, daß sie auch Großes leisten werden, wenn ihnen nur nicht durch kleinliche Kurzsichtigkeit und Sonderinteressenpolitik die Wege verlegt werden.

Wie wir schon gesagt haben, wird durch die Vorlage, auch wenn sie die Kanalprojekte nicht unmittelbar berührt, die Mittellandkanalfrage wieder aufgerollt werden. Schon die leidige Verquickung der Kanalprojekte mit den bekannten drei Flußregulierungen in der letzten großen wasserwirtschaftlichen Vorlage muß dahin führen. Es liegt leider, wenigstens scheinbar, sehr nahe, zu sagen: Hat die Regierung damals die Flußregulierungen von der Annahme der Kanäle abhängig gemacht, so bedeutet jetzt die Vorlage der Flußregulierungen allein einen Verzicht auf die Kanäle. Wir können alle aufrichtigen, aus sachlichen Gründen überzeugten Kanalfreunde gar nicht dringend genug davor warnen, sich einer solchen Auffassung der Dinge hinzugeben und dadurch ihre Haltung gegen die Vorlage beeinflussen zu lassen. Wie die Regierung zu der Kanalfrage steht und zurzeit nur stehn kann, hat der Unterstaatssekretär von Schulz in Mannheim, wenn die Zeitungen richtig berichtet haben, den Umständen entsprechend sehr klar und gut angedeutet: Durch die Verhandlungen des Kongresses — so soll er gesagt haben — sei die Staatsregierung in ihrem Interesse an dem weitem Ausbau der natürlichen und an der Schaffung künstlicher Wasserstraßen gestärkt worden. Sie sei dadurch gekräftigt worden in ihrem Verhalten und öffentlichen Auftreten gegenüber den mancherlei Widerständen, denen ihre Pläne noch vielfach begegnet seien. Die Staatsregierung hoffe durch die Verhandlungen des Kongresses mit dem besten Rüstzeug ausgerüstet zu werden, „diesen immer wieder auftauchenden Widerständen gegen ihre Kanalpläne mit Erfolg begegnen zu können.“ — Auch der aus sachlichen Gründen überzeugteste Kanalfreund wird zugeben, daß die preußische Regierung nicht daran denken kann, so bald im neuen Landtag eine Majorität für den Mittellandkanal zu finden, und zwar am wenigsten dann, wenn sie etwa wieder die Flußregulierungen, die der Landeskultur dienen sollen, mit der Kanalvorlage als Vorspann zusammenkoppeln wollte. So etwas könnten nur Politiker wünschen, denen es allein um das Heraufbeschwören

einer politischen Krisis zu tun ist, möchte ihr Ausgang auch noch so problematisch erscheinen und der Mittellandkanal durch sie gar nicht gefördert werden. Die konstitutionelle Verfassung gibt der Mehrheit des Landtags nun einmal eine gesetzliche und tatsächliche Macht in die Hand, die auch nach den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus für die Gegner des Mittellandkanals in die Wagschale fallen wird. Damit hat die Regierung zu rechnen. Es entspräche dabei am wenigsten ihrer Würde und jeder Staatsweisheit, wollte sie sich in dieser Lage ein Vergnügen daraus machen, der kanalfeindlichen Majorität, mit der sie dringende Aufgaben lösen muß, bei jeder Gelegenheit zuzurufen: „Und gebaut wird er doch!“

Diese gesetzliche und tatsächliche Macht der Kanalgegner wird um nichts gemindert dadurch, daß die sachlichen Gründe, mit denen sie die beiden Kanalvorlagen bekämpft haben, nicht stichhaltig waren, und daß der politische Beigeschmack, den die ganze Kanalopposition unstreitig hatte, scharf getadelt werden mußte. Die Freunde der Kanalprojekte der Regierung müssen, wie Herr von Schulz wünscht, mit allem Eifer dahin arbeiten, daß die unsachlichen und irrtümlichen Widerstände möglichst bald nicht mehr die Mehrheit im Landtage und im Lande hinter sich haben. Dazu gehört eine andauernde, ernste, sachliche Aufklärungsarbeit, bei der man sich ebensowenig über die schwachen Punkte der bisherigen Kanalvorlage wie über die ernsthaften Einwendungen der Gegner mit allgemeinen beweislosen Doktrinen oder gar politischen Phrasen wird hinwegsetzen dürfen. Vor allem haben aber die sachlich überzeugten Kanalfreunde jetzt die Aufgabe, rücksichtslos der unwahren Behauptung der Kanalgegner den Garaus zu machen, daß die ganze Kanalkampagne der Regierung nichts gewesen sei als das Produkt einer vorübergehenden Laune, die endlich das Lebenslicht ausgeblasen zu haben der mannhafte Opposition zum hohen Ruhm gereiche. Das ist einfach Geschichtsfälschung, und ihr gegenüber haben die ehrlichen Kanalfreunde allerdings nicht nur das Recht, sondern vielmehr die Pflicht, das Wort: Und gebaut wird er doch! nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig





